

Niedersächsische Vermessungs- und Katasterverwaltung
Auszug aus dem Flurkartenwerk
Maßstab 1:1000
Stadt-Landkreis Osnabrück
Gemeinde Georgsmarienhütte
Gemarkung Oesede, Harderberg
Flur 1, 12, 4, 8
Gesch. Buch. V. Nr. 204/80
Osnabrück, den 17.4.1980
Katasteramt
Im Auftrage
Vervielfältigungserlaubnis erteilt
Eine Gewähr für die Richtigkeit wird nur für schriftlich beglaubigte Ausfertigungen übernommen

ZEICHENERKLÄRUNG
Art und Maß der baulichen Nutzung
WA Allgemeines Wohngebiet
1= Zahl der Vollgeschosse, I = eingeschödig
offene II = zwingend zweigeschödig
2= Bauweise, hier: Nur ein Einzel- oder Doppelhaus je Grundstück (Mindestgröße 600 m²) zulässig
3= Grundflächenzahl - GRZ -
4= Geschosflächenzahl - GPZ - Höchstgrenze

Sonstige Festsetzungen und Übernahmen
Abgrenzung der unterschiedlichen Nutzungen
Baugrenze
mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen zugunsten des Unterhaltungsverbandes Nr. 96 "Obere Hase" zulässige Dachformen = Sattel- oder Walmdach
SD/WD 28°-35° zulässige Dachneigung
Stellung baulicher Anlagen, längere Achse des Hauptbaukörpers = Firstrichtung
Abgrenzung des Geltungsbereiches der Bebauungsplanänderung
Hinweis: Sichtdreieck, Höhenbeschränkung über OK fertiger Straße = c. 80 m
b = Annäherungssichtweite, a = Anfahrtsichtweite
Öffentliche Grünflächen gem. § 9, Abs. 1, Ziff. 15 BBauG mit Pflanzung gem. § 9, Abs. 1, Ziff. 25 a von
Büschen und Bäumen

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) i. d. F. vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2236, ber. S. 3617), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 06.07.1979 (BGBl. I S. 949) und der §§ 56 und 97 der Niedersächsischen Bauordnung vom 23.07.1973 (Nds. GVBl. S. 259), zuletzt geändert durch Artikel II des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Straßengesetzes vom 29.07.1980 (Nds. GVBl. S. 283), i. V. m. § 1 der Niedersächsischen Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes (DVBBauG) vom 19.06.1978 (Nds. GVBl. S. 560), zuletzt geändert durch Verordnung vom 10.12.1980 (Nds. GVBl. S. 490) und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 18.10.1977 (Nds. GVBl. S. 497), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.10.1980 (Nds. GVBl. S. 385) hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte diesen Bebauungsplan Nr. 103 "Kiewitsheide", 4. Änderung bestehend aus der Planzeichnung und den nachstehenden örtl. Bauvorschriften über die Gestaltung als Satzung beschlossen:
Georgsmarienhütte, den 25.02.1982
Bürgermeister Stadtdirektor

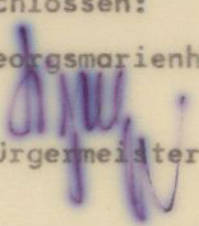
Gestalterische Festsetzungen:
a) Firsthöhenbegrenzung: Bei eingeschossiger Bauweise = 9,00 m
Bei zweigeschossiger Bauweise = 12,00 m bezogen auf O.K. der fertigen öffentl. Straßenfläche der Rotdornstraße.
b) Für die im Planbereich zulässigen baulichen Anlagen sind Sattel- oder Walmdächer mit der in der Planzeichnung festgesetzten Dachneigung zulässig.
Nachrichtliche Hinweise
1) Gemäß § 9 (6) wird nachrichtlich darauf hingewiesen, daß Maßnahmen zur Verwirklichung des Planes einschließlich der Kosten der Durchführung in der Begründung vom 20.03.81 dargelegt sind.
2) Für den Fall der Nichtbefolgung dieser Satzung wird gem. § 6 (2) NGO in Verbindung mit den §§ 35 und 37 des Nieders. Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung ein Zwangsgeld bis zu 500,- DM bzw. die Ersatzvornahme angedroht. Eine Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 156 BBauG bleibt hiervon unberührt.
3) Diese Satzung tritt mit der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig treten alle entgegenstehenden Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 3 "Kiewitsheide" außer Kraft.

Bebauungsplan Nr 103 4. Änderung
"Kiewitsheide" der Stadt Georgsmarienhütte (M 1:1000)
Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte hat in seiner Sitzung am 12.03.1980 die Aufstellung der 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 103 "Kiewitsheide" beschlossen.
Der Aufstellungsbeschluss ist gem. § 2 Abs. 1 BBauG am 17.11.1980 öffentlich bekanntgemacht worden.
Die öffentliche Darlegung und Anhörung gem. § 2a Abs. 2 BBauG wurde am 25.11.1980 durchgeführt.
Georgsmarienhütte, den 25.2.82
Stadtdirektor
Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 1.11.80). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.
Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grundstücksgrenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.
Osnabrück, den 14. APR. 1982
Katasteramt Osnabrück
Im Auftrag
Bereitete: Stadt Georgsmarienhütte
Planungsverwaltungsabteilung
Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte hat in seiner Sitzung vom 17.12.1980 den Entwurf der Bebauungsplanänderung und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 2a Abs. 1 BBauG beschlossen.
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 14.8.81 öffentlich bekanntgemacht.
Der Entwurf der Bebauungsplanänderung und der Begründung hat vom 14.8.81 bis 24.9.81 öffentlich ausgelegen.
Georgsmarienhütte, den 25.2.82
Stadtdirektor
Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte hat die Bebauungsplanänderung nach Prüfung der Bedenken und Anregungen gem. § 2a Abs. 6 BBauG in seiner Sitzung vom 21.12.81 als Satzung (§ 10 BBauG) sowie die Begründung beschlossen.
Georgsmarienhütte, den 25.2.82
Stadtdirektor
Die Bebauungsplanänderung ist mit Verfügung des Landkreises Osnabrück vom 14. APR. 1982 Az.: Verbindung mit § 6 Abs. 2 - 4 BBauG genehmigt gem. § 11 in Osnabrück, den 14. APR. 1982
Landkreis Osnabrück
Der Kreisamtsdirektor
Die Genehmigung der Bebauungsplanänderung ist am 14. APR. 1982 im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 11/82 veröffentlicht worden. Die Bebauungsplanänderung ist mit dieser Bekanntmachung am 29.05.82 rechtsverbindlich geworden.
Georgsmarienhütte, den 15.06.1982
Stadtdirektor

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes / der Bebauungsplanänderung nicht geltend gemacht worden.
Georgsmarienhütte, den 06.07.1988
Stadtdirektor
Innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten des Baugesetzbuches sind für diesen Bebauungsplan / die Bebauungsplanänderung gem. § 215 BauGB Mängel in der Abwägung nicht geltend gemacht worden.
Georgsmarienhütte, den 05.07.1994
Stadtdirektor

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) i. d. F. vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2236, ber. S. 3617), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 06.07.1979 (BGBl. I S. 949) und der §§ 56 und 97 der Niedersächsischen Bauordnung vom 23.07.1973 (Nds. GVBl. S. 259), zuletzt geändert durch Artikel II des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Straßengesetzes vom 29.07.1980 (Nds. GVBl. S. 283), i. V. m. § 1 der Niedersächsischen Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes (DVBBauG) vom 19.06.1978 (Nds. GVBl. S. 560), zuletzt geändert durch Verordnung vom 10.12.1980 (Nds. GVBl. S. 490) und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 18.10.1977 (Nds. GVBl. S. 497), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.10.1980 (Nds. GVBl. S. 385) hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte diesen Bebauungsplan Nr. 103 "Kiewitsheide", 4. Änderung bestehend aus der Planzeichnung und den nachstehenden örtl. Bauvorschriften über die Gestaltung als Satzung beschlossen:

Georgsmarienhütte, den 25.02.1982


Bürgermeister




Stadtdirektor

Gestalterische Festsetzungen:

- a) Firsthöhenbegrenzung: Bei eingeschossiger Bauweise = 9,00 m
Bei zweigeschossiger Bauweise = 12,00 m
bezogen auf O.K. der fertigen öffentl.
Straßenfläche der Rotdornstraße.
- b) Für die im Planbereich zulässigen baulichen Anlagen sind
Sattel- oder Walmdächer mit der in der Planzeichnung fest-
gesetzten Dachneigung zulässig.

Nachrichtliche Hinweise

- 1) Gemäß § 9 (6) wird nachrichtlich darauf hingewiesen, daß Maßnahmen zur Verwirklichung des Planes einschließlich der Kosten der Durchführung in der Begründung vom 20.03.81 dargelegt sind.
- 2) Für den Fall der Nichtbefolgung dieser Satzung wird gem. § 6 (2) NGO in Verbindung mit den §§ 35 und 37 des Nieders. Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung ein Zwangsgeld bis zu 500,-- DM bzw. die Ersatzvornahme angedroht. Eine Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 156 BBauG bleibt hiervon unberührt.
- 3) Diese Satzung tritt mit der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig treten alle entgegenstehenden Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 3 "Kiewitsheide" außer Kraft.